



<https://biz.li/2vcg>

"ENTTÄUSCHENDE BILANZ - NUR JEDES SIEBTE KIND NIMMT BUT-LEISTUNGEN IN ANSPRUCH"

Veröffentlicht am 24.09.2018 um 13:26 von Redaktion Burgwedel-Aktuell

"Alle Kinder und Jugendlichen haben ein Anrecht auf Chancengleichheit, dazu gehört, dass sie an verschiedenen schulischen und außerschulischen Aktivitäten teilnehmen können. Das war der Plan, als das Bildungs- und Teilhabepaket eingeführt wurde. Allerdings bleibt mir ein Rätsel, warum die Verteilung der Mittel so schleppend vorangeht und nicht alle Kinder davon profitieren können", sagt der Vorsitzende der CDU-Fraktion Region Hannover Bernward Schlossarek. Dies sei kein neues Thema. Kinder und Jugendliche können Zuschüsse zur Finanzierung von Klassenfahrten, Mitgliedschaften in Sportvereinen oder in Musikschulen erhalten. Doch das werde wenig genutzt, da der Antrag auf Bildungs- und Teilhabeleistungen (BuT) scheinbar zu bürokratisch ist. "Die finanziellen Hilfen des Bundes kommen immer noch nicht vollständig bei den berechtigten Kindern an, was zu bedauern ist", so Schlossarek. Schon seit längerer Zeit beschäftige sich die CDU-Fraktion mit dem Thema der Inanspruchnahmen von Bildungs- und Teilhabeleistungen. Nur knapp 50 Prozent der berechtigten Personen in der Region Hannover nehmen diese Leistungen an. Bei einigen Kommunen, wie zum Beispiel Lehrte, Wennigsen oder auch Springe liege die Quote gar unter dem Regionsschnitt. Dabei würden am häufigsten Zuschüsse für Mittagessen an der Schule oder in Kindergärten in Anspruch genommen. Weniger hingegen Gelder für Ausflüge oder Beiträge für Sportvereine. "Hier kann viel erreicht werden, um die Chancengleichheit der Kinder und Jugendlichen zu fördern und für mehr soziale Gerechtigkeit zu sorgen, so Schlossarek weiter. "Auch wir in der Region Hannover wollen mehr Kindern dazu verhelfen, ihren Anspruch wahrzunehmen und die Inanspruchnahme von BuT-Leistungen erleichtern. Es könnte eine höhere Wirkung erzielt werden, wenn die Antragsstellung vereinfacht und das Werben für sinnvolle Bildungs- und Teilhabeleistungen ausgeweitet werden würde. Wir müssen nach Maßnahmen suchen, die zur besseren Nutzung beitragen, um so dem eigentlichen Ziel der Chancengleichheit näher zu kommen", so Schlossarek abschließend.